

Deutschland.

Berlin, 6. Februar. Se. Majestät der König befinden sich Auerhöchstdieselben empfangen heute die Vorträge des Geh. Rats v. Mähler und des Wirkl. Geh. Rats v. Savigny, so wie zu militärischen Meldungen den Oberst-Lieutenant v. Frankenberg-Prochlig, 53. Regiments, der bei Dernbach am 4. Juli den Arm verlor, und Se. Durchlaucht den Lieutenant Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, à la suite des Königs-Husaren-Regiments.

Wie der Posener „Dziennik“ aus Berlin erfährt, hat am Sonntag, den 3. v. M., J. Maj. die Königin Augusta, begleitet von der Hofdame Gräfin Brühl, den verwundeten Lieutenant vom 10. Ulanen-Regiment, Felicit v. Taczanowski aus Slawoszewo, in der Diakonissenanstalt Bethanien mit einem Besuch beehrt. Hr. v. Taczanowski hatte in dem Gefecht bei Tobitschau ein Bein gebrochen, nachdem er schwer verwundet worden. In Folge schlechter Behandlung mußte das Bein noch einmal gebrochen werden, um Lähmung zu verhüten. Der Kranke hat die Operation glücklich überstanden und sein Zustand ist zufriedenstellend. Die Königin hat befohlen, ihr zu melden, wenn die Mutter des Herrn v. Taczanowski in Berlin anwesend sein werde, um dieser Dame alsdann Auerhöchstdie Theilnahme auszusprechen.

Se. Königl. Hof. der Graf von Flandern ist heute früh am Königl. Hofe zum Besuche aus Brüssel hier eingetroffen und im Schlosse abgestiegen. Der hohe Gast wird, wie schon bekannt, bei Sr. Maj. dem König um die Hand der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen werden.

In dieser Woche haben noch keine Konferenz-Sitzungen der norddeutschen Minister stattgefunden. Wie man erfährt, ist es rathsam befunden worden, diejenigen Meinungs-Verchiedenheiten, welche noch bestehen möchten, zunächst auf dem Wege konfidenteller Besprechungen zu erledigen. Es wird erwartet, daß das Werk der Verständigung durch diese Spezialverhandlungen hinreichend gefördert werden wird, um die Schluß-Redaktion des Vertrages sodann in einer einzigen Sitzung zu erledigen.

Die Verhandlungen wegen des Zollvertrags in Wien sind wegen der Weizsäcker-Verträge. Ministerial-Direktor v. Philipsborn ist von dort hier eingetroffen.

Denjenigen Unteroffizieren der Garde-Unteroffizier-Kompagnie, welche die jüngsten Feldzüge in Reich und Glied mobiler Truppenteile mitgemacht haben, soll ebenfalls das Recht zustehen, wie den Kompagniesoldaten der Jahre 1813, 14 und 15, eine Krone auf der Spitze des Degengefäßes tragen zu dürfen.

Der Ober-Präsident der Provinz Posen, Herr v. Horn, hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher er die polnischen Bewohner dieser Provinz warnt, sich nicht durch falsche Vorpiegelungen zur Wahl landesfeindlicher Männer für den norddeutschen Reichstag verleiten zu lassen. Religion und Sprache der polnischen Katholiken würden nach wie vor von der Regierung respektirt werden.

Die Meldungen nichtversorgungsberechtigter Veteranen in die Invalidenhäuser mehren sich derartig, daß darauf Bedacht genommen werden soll, den Bestandetat der Pflinglinge für die beiden Anstalten zu Berlin und Stolp zu erhöhen. Ebenso steht, nach der „Staatsbürger-Zeitung“, die Einrichtung noch von zwei neuen Provinzial-Invalidenkompanien bevor.

Am 3. c. verließen ca. 120 Rekonvaleszenten, sächsische Soldaten, Wien, um in die Heimath zurückzukehren. Die „Presse“ entblödet sich nicht, diesen wahrlich bis in den Tod getreuen Bundesgenossen von 1866 — „Nachzügler“, wie sie dieselben nennt!

noch einen empörenden, moralischen Fußtritt mit auf den Weg zu geben, indem sie schreibt: „Heute Morgens 8 Uhr marschirten dieselben, 120 an der Zahl, von einer Anzahl Freunde begleitet, nach dem Bahnhofe, wo sie auch von anderen Anwesenden mit Cigarren und andern diversen Kleinigkeiten beschenkt wurden, trotzdem die zärtlichen Reminiscenzen an die treuen Bundesgenossen, von denen jetzt viele den direkten Anschluß an das mächtige Preußen zu versäumen fürchten, wohl so ziemlich wieder verblaßt sind.“ — Vielleicht trägt solcher ächt österreichische Cynismus dazu bei, gewiss Dresdenerischen Kreisen die Augen darüber zu öffnen, wie man an Ort und Stelle über ihre speichelleckerischen Sympathien denkt.

Während der Industrie-Ausstellung in Paris wird auch die hiesige Kriminalpolizei zur Beaufsichtigung der deutschen Langfinger, Spieler und anderer gefährlicher Bagabunden ebenso vertreten sein, wie bei den früheren Welt-Ausstellungen. Wahrscheinlich, um mit der französischen Polizei die erforderlichen Verabredungen zu treffen, ist am Sonnabend bereits ein Polizei-Lieutenant nach Paris abgegangen. Wie die „Gerichtsztg.“ hört, wird die betreffende Kommission, welche kurz vor der Eröffnung der Ausstellung abreisen wird, sich in Paris mehrere Monate häuslich niederlassen, unter der Führung des Polizei-Direktors Dygalsky stehen und aus einigen Polizei-Lieutenants und einem Kommando erfahrener Schuppleute bestehen.

(W. Z.) In Betreff der Flaggen-Frage berichtigt sich der erwähnte Korrespondent selbst dahin, daß es sich nur um Führung der speziellen Landesflagge oben am Mast handelt, eine Sache, die schwerlich Schwierigkeiten haben kann. Nach einer Mittheilung der „D. A. Z.“ wird die zukünftige Kriegsflagge aus vier durch ein schwarzes Kreuz getheilten Feldern bestehen, von denen drei weiß sind, das vierte aus drei Streifen schwarz, weiß, roth zusammengesetzt ist, auf welchem der preussische Adler liegt.

Die Einrichtung neuer Militär-Bildungsanstalten steht bevor, und es ist ja bekannt, daß der Chef des gesamten Militair-Bildungswesens, General der Infanterie Dr. v. Peuder, vor einiger Zeit zu jenem Zwecke die neu erworbenen Landestheile be-

sucht hat. Zweifelhaft ist die Errichtung einer zweiten Militär-Akademie, wie diese letztere jetzt hier in Berlin besteht, wogegen die Errichtung zweier neuer Kriegsschulen nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte. Wie verlautet, würden Hannover und Kassel Sitze dieser neuen Anstalten werden. Auch an die Anlegung neuer Kadettenhäuser wird gedacht, woraus zunächst erhellt, daß man diese Institution als solche beizubehalten beabsichtigt. Die neuen Kadettenhäuser sollen, weiterem Vernehmen nach, in Plön (Holstein) und Rotenburg (im ehemaligen Kurhessen) errichtet werden. Diese Anstalten haben insgesammt die Aufgabe, zur Deckung der erforderlichen Offiziere mit sorgen zu helfen, da der Bedarf daran doch vorhanden ist.

Das Kriegsministerium hat, da das Erscheinen der Novelle zu dem Invalidengesetz vom 6. Juli 1865 baldigt bevorsteht, den Regierungen angezeigt, daß, da auf Grund jenes Gesetzes künftighin auch die Wittwen der im Kriege beschädigten oder erkrankten und in Folge davon bis zum Tode der Demobilmachung verstorbenen Militärpersonen vom Feldweibel abwärts zu Staatsunterstützungen gelangen werden, die unterstützungsberechtigten Wittwen dieser Kategorie schon jetzt verzeichnet werden sollen, damit, wenn das Gesetz erscheint, die Vorarbeiten schon möglichst weit gediehen seien.

(W. Z.) Wie verlautet, hat Preußen bereits in der vorletzten Plenarsitzung der Konferenz über die unannehmbaren Amendements der Bundesregierungen zur Regelung der Militärfrage seine definitiven Erklärungen abgegeben. In Betreff der übrigen Sonderanschläge dauern die Separatverhandlungen noch fort, so daß hinsichtlich der Schlußfassung der Konferenz keine Vermuthungen zulässig sind.

Berlin, 6. Februar. (Herrenhaus.) 26. Sitzung. Eröffnung 11¼ Uhr. Die Tribünen sind leer. Am Ministerisch vier Regierungs-Kommissare. Später der Handelsminister.

Präsident Graf zu Stolberg eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen. Es werden darauf das Gesetz, betreffend die Abgabe von allen nicht im Besitze des Staates oder inländischer Eisenbahn-Aktien-Gesellschaften befindlichen Eisenbahnen, der dritte Bericht der Matrikel-Kommission, das Gesetz über Aufhebung des Salzmonopols und Einführung einer Salzsteuer, das Gesetz über die Aufhebung der durch den Zolltarif vorgeschriebenen Gebühren für Begleitcheine und Bleie ohne Debatte angenommen. (Die Erledigung aller dieser Gegenstände erfolgt innerhalb fünf Minuten.) — Es folgt die zweite Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Abänderung des Artikels 69 der Verfassungs-Urkunde zc. behufs Anwendung in dem mit der preussischen Monarchie neu vereinigten Landes-teilen (Vermehrung des Abgeordnetenhauses um 80 Mitglieder). Das Gesetz wird wiederholt angenommen (bagegen eine kleine Minorität, Herr v. Kleist-Regow zc.). Hierauf wird die Debatte über das Genossenschaftsgesetz fortgesetzt. §. 32 wird nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen, ebenso die §§. 33—36 ohne Debatte. Zu §. 37 vertheidigt Herr v. Kleist-Regow ein von ihm gestelltes Amendement, welches die Bedingungen für den Austritt aus der Genossenschaft erweitert. — Der Reg.-Kommissar, Geh. Ober-Regierungsrat G., erklärt, daß die Regierung aus formellen und materiellen Gründen das Amendement für unzulässig und unannehmbar erachtet. — Hr. v. Mantuffel (der ehemalige Ministerpräsident) erklärt sich in längerer Ausführung für das Amendement. Dasselbe sei gegen die Tyrannie gerichtet, welche von den übermächtigen Vorständen der Genossenschaften geübt werde, und welche man beseitigen müsse. Es sei nicht richtig, daß der Arbeiterstand sich in Noth befinde, er erfreue sich einer Behäbigkeit — welche Redner ihm gönne, aber er treibe einen Lurus, welchen ihm Redner nicht gönne, man müsse Alles thun, um den bedürftigen Arbeitern zu helfen. Nach einigen Gegenbemerkungen namentlich unter Bestreitung der angeführten von den Vorständen geübten Tyrannie seitens des Hrn. Tellkamp, so wie nach einer, das Amendement würdevoll vertretenden Rede des Berichterstatters Dr. Dernburg wird das Amendement bei Namensanruf mit 65 gegen 35 Stimmen angenommen. Auch die Minister stimmen mit der Majorität. Nach diesem Beschluß hat jeder Genossenschaftler das Recht, aus der Genossenschaft auszutreten, „auch wenn der Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Zeit geschlossen ist“, und die Genossenschaften können Mitglieder auch „wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte“ ausschließen. §§. 38—53 werden ohne Debatte, §. 54 mit einer Fassungsänderung angenommen. Die §§. 55—57 werden ohne Debatte angenommen. Längere Erörterungen ruft §. 58 (Central-Staatskasse mit einer Dotation von 2 Millionen Thalern) hervor. Hr. v. Kleist-Regow vertheidigt den Vorschlag. Der Regierungskommissar Geh. Finanzrath Wolff erklärt denselben für unannehmbar. Zunächst hätten die Vertheiligten keine Unterstützung verlangt, sodann seien die Mittel nicht disponibel, hatte doch schon um die Abfindung des Fürsten von Thurn und Taxis zu ermächtigen, eine Anleihe aufgenommen werden müssen. — Hr. v. Below spricht für den Kommissions-Vorschlag.

Hr. Camphausen erklärt, daß er die von Herrn v. Mantuffel gegen die Genossenschaften ausgesprochenen Bedenken nicht theilen könne, sondern daß die weitere Entwicklung der Genossenschaften nur Segen bringen werde; diese Entwicklung müsse also gefördert werden; dies werde am besten geschehen, wenn man das Gesetz nach den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses annehme. Die Gründung einer solchen Centralkasse sei unpraktisch, und gerade die beste Seite des Genossenschaftswesens, das Gefühl der Selbsthilfe, werde dadurch beeinträchtigt. Auch werde die Befürchtung entstehen können, daß man einen Unterschied machen wolle zwischen den einzelnen Genossenschaften, den „gutsgeunten“ und anderen, die nicht in diesem Rufe stehen. (Beifall.) — Handelsminister Graf Jzempli spricht nicht die gute Absicht des Paragraphen, erklärt sich aber aus verschiedenen Gründen dagegen. Es sei parlamentarisch unrichtig, daß die Landesvertretung ohne Hinzuziehung der Beteiligten die Staatsregierung auffordere, Ausgaben zu machen, zumal wenn der Finanzminister erkläre, daß kein Geld vorhanden, und wenn gerade in nächster Zeit so große Ausgaben bevorstehen, da ja in den neuen Provinzen mancherlei zum Wohle des Landes, der Schulen zc. gethan werden müsse. — Die Vereine hätten ja außerdem gar keine Unterstützung begehrt; der Vergleich mit den Eisenbahngesellschaften zc., die unterstützt worden wären, sei nicht richtig, man unterstütze diese nicht im Interesse von Privatpersonen, sondern im Interesse des Verkehrs. — Im Prinzip der Selbsthilfe liege in der That ein mächtiges Prinzip und man dürfe dasselbe nicht abschwächen. — Früher habe man allerdings einzelne Industrien unterstützt, um einen bestimmten Industriezweig zu heben, die Industrie in Preußen habe aber erst seit der Zeit einen wirklichen Aufschwung genommen, seitdem der Staat gar nicht mehr eingegriffen habe. Sehr verlockend seien ferner die Erfahrungen nicht, die der Staat mit der Unterstützung einzelner Handwerker gemacht; in der Regel sei der Staat um sein Geld gekommen. — Nehme man aber das Prinzip des Kommissions-Antrages als richtig an, so würden sich die Ansprüche von allen Seiten so steigern, daß zwei Millionen nicht genügen; Einzelne zu bevorzugen, sei aber ungerechtfertigt; wenn der Staat Geld übrig habe, möge er lieber die Klassensteuer ermäßigen, dann würden Alle gleichmäßig betroffen, dies erfordere die Gerechtigkeit. Er bitte dringen, den Paragraphen abzulehnen. — Graf Brühl bespricht den Antrag der Kom-

mission. — Graf Eulenburg spricht gegen den Kommissions-Antrag. Die Genossenschaften beruhen auf gesunder Grundlage und das Zustandekommen des Gesetzes sei wünschenswerth. Der Wunsch nach einer Unterstützung sei nie von dort laut geworden, sondern nur der Wunsch, sich frei bewegen und sich selbst helfen zu dürfen. — Man dürfe ihnen deshalb kein Hemmnis in den Weg legen. — Handelsminister Graf Jzempli spricht nochmals gegen die Aufnahme des Paragraphen in das Gesetz, dies sei parlamentarisch gar nicht zulässig, man möge ein besonderes Gesetz auf Errichtung der Kasse einbringen, wenn man es für wünschenswerth halte, in das Gesetz gehöre es nicht. — Der Schluß der Debatte wird angenommen. — Berichterstatter Dr. Dernburg verzichtet auf das Wort. — Der §. 58 wird mit großer Majorität abgelehnt. — §. 59 wird darauf angenommen und schließlich das ganze Gesetz mit den beiden gestern und heute beschlossenen Änderungen zu §§. 30 und 37 mit großer Majorität; dagegen u. A. Graf Brühl, v. Kleist-Regow.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen über das Gesetz, betreffend die Abänderung mehrerer Vorschriften über das preussische Postwesen. — Die Kommission beantragt, das Gesetz so anzunehmen, wie es aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist. — Ref. Dr. v. Daniels bespricht den Kommissions-Antrag. — Der Regierungskommissar bespricht die Annahme der ursprünglichen Regierungskommission, wonach das Porto für unfrankirte Briefe auf die Entfernung von 5—10 Meilen schon 2 Sgr. betragen soll. — Handelsminister Graf Jzempli erklärt, daß die Staatsregierung immer die Tendenz verfolgt habe, das Porto zu ermäßigen; dies könne aber im Interesse der Finanzverhältnisse nur nach und nach geschehen. Die Einnahme-Position in dem schon angenommenen Etat sei nach dem vorliegenden Gesetze gegriffen. Er bitte deshalb, die Regierungskommission anzunehmen, da es der Regierung unmöglich sei, auf die Abänderung einzugehen. — Bei der Abstimmung wird §. 1 der Kommissionsvorlage verworfen, §. 1 der Regierungskommission angenommen; ebenso wird §. 2 der Regierungskommission angenommen, ebenso die §§. 3, 4 und 5, und schließlich das ganze Gesetz. — Es wird darauf die Wahl zweier Schriftführer vorgenommen. — Schluß 2¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Die Eisenbahn-Anleihe.

Abgeordnetenhaus. (66. Sitzung.) (Schluß.) Abg. Birchow: Die Praxis der Regierung dauert so lange, als die Städte-Ordnung besteht; seit 50 Jahren aber war diese Praxis gleich Null; nur der jetzige Minister des Innern hat sie zu einer solchen Blüthe gebracht. Ich habe ihm schon früher einmal klar gemacht, daß dies sehr schädlich ist. (Abg. v. Berbed lacht laut.) Ich bemerke dem Hrn. Abgeordneten, der dort lacht, daß dies allerdings so ist. Es wird nicht mehr sachlich, sondern nur jetzt geistreich; und da eine Aenderung in dieser Praxis noch nicht konstatirt ist, ist es unsere Pflicht, den Minister bei seinem Versprechen zu halten. — Abg. v. Berbed: Ich bitte Hrn. Birchow um Entschuldigun, daß ich so laut gelacht habe; aber es macht immer einen unendlich komischen Eindruck, wie selbstgenüsam seine Worte sind. (Laut Ruf: psai!) — Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner bitten, persönliche Eigenschaften der Mitglieder des Hauses nicht zu kritisiren.

Nachdem Ref. v. Carlowitz den Antrag der Kommission nachmals empfohlen hat, wird zur Abstimmung geschritten über den Antrag v. Binde. — Das Resultat ist zweifelhaft und es wird eine Zählung vorgenommen. — Es wird hierauf zur Zählung geschritten, welche ergibt, daß 122 gegen 116 für den Antrag des Abg. v. Binde gestimmt haben. Abg. v. Binde beantragt namentliche Abstimmung und sein Antrag wird mit 113 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Kommission wird gleichfalls abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Jung ist das Bureau zweifelhaft; die Zählung ergibt, daß der Antrag mit 121 gegen 112 Stimmen angenommen ist.

Es folgt die Berathung über eine Petition von Louis Dgilvie, Ortsvorstand zu Warrischken, und Genossen, in welcher das Abgeordnetenhaus gebeten wird, Behufs der Erlassung einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung die Initiative zu ergreifen und so ihnen baldmöglichst zu ihrem Recht zu verhelfen. Berichterstatter Abg. v. Carlowitz.

Die Kommission beantragt: „In Erwägung, daß eine, auf einer freisinnigeren Grundlage beruhende neue Kreis- und Gemeinde-Ordnung zwar ein dringendes, von dem Abgeordnetenhaus wiederholt anerkanntes Bedürfnis ist, daß jedoch der Zeitpunkt, Hand an diese Gesetzgebung zu legen, in Betracht, daß die neu erworbenen Landestheile zunächst einer Organisation ihrer Verwaltung bedürfen, jetzt noch nicht gekommen sein möchte, geht das Haus über die betreffende Petition zur Tages-Ordnung über.“ — Gegen den Antrag der Kommission nimmt das Wort

Abg. v. Gerlach (Gardelegen): Die Petition sei theilweise nicht genügend motivirt, theilweise unbegründet. — Nach der jetzigen Vertretung“ heißt es in der Petition, „habe nur der Herr zu gebieten, der Bauer zu gehorchen; und doch habe der Bauernstand verhältnismäßig mehr zu zahlen“. Auch unsere Minister hätten mehr zu gebieten, als sie Steuern zahlen. Auch zum norddeutschen Parlament wählte jeder Kopf, an dem ein menschlicher Körper ist, obwohl mancher dieser Köpfe sehr viel mehr Steuern zahle, als mancher andere. (Anhaltende Heiterkeit.) Die einzige hier angelegte Tagesordnung sei vielleicht nur die: „In Erwägung, daß die Petition nur Unfug enthält, geht das Haus zur Tagesordnung über.“ mit Benutzung des Motives, das der Abg. Zweck in den Gebrauch des Hauses eingeführt hat: Man müsse die einzelnen Lokalbedürfnisse berücksichtigen, die durchaus verschieden seien. Er sei deshalb gegen Erlass einer neuen Kreisordnung und nur für Fortbildung der alten. — Abg. Dr. Micheli (Allenstein) findet die Motivirung des Petenten, obwohl es sich für das Haus nicht um diese, sondern um die Sache handle, einfacher, klarer und verständlicher, als diejenige, mit der der Vorredner seinen Antrag begleitet hat. — Abg. Dr. Lette: Nach der Theorie des Abg. v. Gerlach könnte es gar keine allgemeine, sondern nur noch Lokalgesetzgebung geben. Die Eisen-Hardenbergische Gesetzgebung zwinge unvermeidlich zur Einführung einer neuen Kreisordnung, da die Grundlagen unseres Staatslebens noch immer auf den Voraussetzungen des Feudalismus beruhen, während in dem Verfassungsleben der höchsten Sphäre das entgegengelegte moderne Prinzip des Konstitutionalismus das bestimmende sei. Dieser Widerspruch lähne das Ganze, beraube die unteren Kreise der Organe zur Förderung der Schule, der Meliorationen und verlege uns in Nachtheil gegen die ungleich reifere Entwicklung der neuen Landestheile. Der Antrag der Kommission sei daher nur zu empfehlen. (Beifall.) — Der Antrag des Abg. v. Gerlach wird darauf abgelehnt und der der Kommission angenommen.

Man kommt zur Berathung über eine Petition von H. Weg und Genossen zu Köln, welche um Aufhebung der „sogenannten Ament-Abgabe“ bitten. Die Kommission beantragt, „obige Petition der Königl. Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“ Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Abg. Heise beantragt nun, die Sitzung zu vertagen. Das Haus tritt dem Vorschlage bei.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr. (Tages-Ordnung: Genossenschaftsgesetz und Fortsetzung der heutigen Tages-Ordnung.)

Aus Hamburg wird der „Post“ unterm 2. Februar geschrieben: Die Wahltagation nimmt hier immer größere Dimensionen an. Wenn man sich hier von dem Eindrucke, den die bisherigen Wählerversammlungen hervorgebracht haben, leiten lassen will, so haben die von der Börse-Klique — sie zählt 84 Personen — vorgeschlagenen Kandidaten R. M. Sloman, de Chapeaurouge und Dr. Anton Ase die Aussicht, bei der Wahl zu siegen.

Die Familie des Herrn Sloman soll aus England stammen und der eigentliche Name Salomon gewesen sein. Der Vater hat ca. 130,000 deutsche Auswanderer von Hamburg nach Newyork befördert und ist dadurch immens reich geworden. Der Sohn, der derzeitige Schiffsmakler und Reichstags-Kandidat, hat sich in der Hamburger Bürgerchaft durch die Urberenschaft eines Gesetzentwurfs ausgezeichnet, durch welches die Hunde nicht allein mit einer Steuer belegt, sondern auch zu der Strafe des ewigen Maulkorbes verdammt werden sollten. Die Hundsteuer wurde freilich angenommen, aber selbst die Hamburgische Bürgerchaft, und das will viel sagen, war zu human, um diese Grundlast der Hunde zu genehmigen. Sie werden aber fragen, auf welche Weise Herr Robert Will's Sloman auf diese grausame Idee kam, den Hunden einen ewigen Maulkorb anzulegen? Ich kann Ihnen nun berichten, daß ein Hund die Frechheit gehabt haben soll, Herrn Sloman in die Wade zu beißen — und deshalb sollte die Hamburgische Gesetzgebungs-Maschine in Bewegung gesetzt werden, um den Hunden solche Unart durch einen liberal-konstitutionellen Maulkorb abzugewöhnen. Im Uebrigen ist R. M. Sloman der größte politische Abbeher (nicht Redner), aber auch die größte politische Null in Hamburg. Wenn die Sloman'sche Familie sich einen englischen Anstrich giebt, so ist die Familie des zweiten Reichstags-Kandidaten, Chapeaurouge, wirklich eine französische Familie, welche seit reichlich 50 Jahren in Hamburg eingewandert, durch Heirat sich mit den regierenden Senatoren-Familien verschwägert und dann einen großen Einfluß erlangt hat. Ein Bruder des Kandidaten ist Senator, ein anderer Mitglied des Obergerichts. — Der dritte Kandidat, Herr Dr. Né, ist ein Phantast, der von den inneren Angelegenheiten des Hamburgischen Staates eigentlich gar nichts kennt. — Zur Orientirung bemerke ich übrigens, daß diese drei Kandidaten, welche wahrscheinlich im Parlament als Nebenfiguren sich erlangen werden, zur österreichischen Partei gehören, denn diese drei Personen haben sämmtlich gegen die Annahme des preussischen Bündniß-Vertrages vom Juni 1866 gestimmt. Die Partei, welche den Anschluß Hamburgs an den deutschen Zollverein erstrebt, befindet sich noch in der Minorität, scheint aber täglich stärker zu werden.

München, 5. Februar. Die mit dem Friedensvertrage zwischen Preußen und Baiern in Aussicht gestellte Aufhebung der Rhein- und Mainzölle ist wenigstens hinsichtlich des ersteren Flusses nunmehr vollständig eingetreten. Nachdem Preußen in dieser Beziehung mit dem Vollzuge vorangegangen war, hat auch die bayerische Regierung die Erhebung des Rheinzolles vor wenigen Tagen definitiv eingestellt. Eine gleiche Verfügung ist sicherem Vernehmen nach auch Seitens der Großherzoglich badischen, dann der hessischen Regierung erlassen worden. An den Mainzöllen wird von der badischen Regierung zur Zeit noch festgehalten, während dieselben preussischerseits gleichzeitig mit den Rheinschiffahrts-Abgaben beseitigt wurden. Baiern hat bekanntlich derartige Gebühren auf dem Main nicht erhoben. Für Baden wird hoffentlich ein isolirtes Festhalten an dieser lästigen Einrichtung auf die Dauer nicht möglich sein.

Ausland.

Man schreibt der „Post“ aus Wien unterm 4. Februar: Ich muß mich heute, des Postschlusses wegen, in Eile darauf beschränken, Ihnen einmal die Thatsachen mitzutheilen, die ich bis spät am Abend als vermutlich richtig zusammengebracht habe. Herr der Situation ist Beust und mit ihm sind es die sogenannten ungarischen Liberalen, die — aus Angst für ihre Nationalität — uns die „absolutistische Spitze“ für alle Gesamtstaatsangelegenheiten besichert, zugleich aber auch den Kreis der letzteren so enge bemessen haben, daß das Reich damit unmöglich mehr lange bestehen kann. So zweifle ich denn auch keinen Moment, daß heute schon hinter Herrn v. Beust Männer stehen, welche das gegenwärtige Arrangement nur als einen letzten und kurzen Durchgangspunkt zur Herstellung des Absolutismus betrachten. Die Frage ist bloß, ob sie nicht bei aller Eile zu spät kommen werden. Gegenwärtig aber prägt sich die Lage der Dinge darin aus, daß Graf Belcredi den Abschied erhält, weil er erst noch versuchen wollte, von den Pesther Forderungen Manches durch das Votum der erbländischen Repräsentanz abzuwaschen; daß der Kaiser sich schon am 16. d. M. nach Ofen begiebt; und daß der Minister des Auswärtigen mit der Forderung durchgedrungen ist, den Erblanden die von den Ungarn dotirte „absolutistische Spitze“ einfach zu oktroyiren, als ob es gar keine Februarverfassung und kein Septemberpatent mehr gebe, welche ausdrücklich erklärt, die Abmachungen mit Ungarn würden nur eine Vorlage für die Beschlußfassung der Erblande bilden, um, falls die Krone ihrerseits die Propositionen des Pesther Landtages für passend erachte, als Substrat bei der Lösung der großen staatsrechtlichen Frage zu dienen. Es ist eine beißende Ironie, daß der czechische Hochsturz unsere Verfassung nur zu „stücken“ wagte und daß erst ein Staatsmann aus Dresden das Heft in Wien in die Hände bekommen mußte, ehe den Slaven gestattet ward, mittels des Januarpatentes die Eiströmung in eine Aufhebung zu verwandeln, und ehe dann mit Hilfe der Magyaren über die feierlich bestätigte Reichsverfassung zur Tagesordnung übergegangen wurde! Davon daß für die Erblande nunmehr dem engeren Reichsrathe eine „bessere“ Verfassung vorgelegt werden soll habe ich Ursache kein Wort zu glauben. Vielmehr bekommt die Geschichte dieses der Leita einen föderalistischen Zuschnitt. Der heute Abend hier eintreffende Graf Goluchowski soll nämlich Hofkanzler für Galizien werden. Da die Ungarn nun in Zukunft neben dem Armeekorps-Commando, nur zwei Reichsminister, für Auswärtiges und Finanzen erlauben, so fällt der Staatsminister ganz fort. Die Konseilspräsidentenschaft erhält Beust, für die Erblande aber braucht er nur noch eine Art von österreichischem Hofkanzler ohne politische Bedeutung. Für diesen Posten soll Baron Kellersperg ausersehen sein, unter Schmerling Vice-Statthalter Böhmens, jetzt Statthalter von Istrien. Hier von dem Fürsten Carlos Auereperg zu reden, ist geradezu kindisch: der „erste Kavalier des Reiches“ würde weder eine so untergeordnete Stellung annehmen, noch als strammer Centralist die reine Personal-Union mit Ungarn sanktioniren.

Paris, 5. Februar. Im Bois de Meudon, dem Privat-Schießplatz des Kaisers, finden Versuche mit einem neuen Zündnadelgewehr statt. Erfunden durch einen Marjeller Dilettanten, soll es mit Leichtigkeit 14 Schuß in der Minute abgeben. Die bisherigen Gewehre ließen sich sehr leicht nach dem Modell umgestalten und

die Umänderung kostete nicht wie die Chassepot-Gewehre 120 Millionen, sondern nur 16 Millionen, wäre außerdem mit Bequemlichkeit binnen 6 Monaten zu bewerkstelligen.

— Man ergeht sich in allerhand Vermuthungen, weshalb die vor Etwaivechzig liegende, zur Verfügung für den französischen Vorkämpfer bestimmte Korvette „Carinat“ plötzlich telegraphisch Befehl erhalten hat, sich zur Abreise nach Gibraltar bereit zu machen. Sollte sie dem Kaiser von Mexiko entgegengehen?

London, 6. Februar, Morgens. In beiden Häusern wurden die beantragten Adressen ohne Widerspruch angenommen.

Zur Legung eines submarinen Kabels zwischen Falmouth und Halifax in Neu-Schottland hat sich eine Gesellschaft gebildet, welche in ihrem Prospektus eine Depeschen-Gebühr von höchstens 4 Pfd. Sterl. per einfaches Telegramm von 20 Worten in Aussicht stellt.

Italien. Admiral Persano ist auf den Antrag seines Vertheidigers Sammincatelli in Freiheit gesetzt worden. Sein Prozeß beginnt am 12. März vor dem Senat. Er benutzt die Zeit bis dahin zu einem Besuche bei seiner Familie in seinem Geburtsort Verceil. Die „Unita Italiana“ macht bei Gelegenheit einer Besprechung der Dvationen, welche dem österreichischen Admiral Tegethoff in Newyork bereitet würden, den Vorschlag, im Fall Persano freigesprochen werde, solle man ihn zwingen, die Kriegshäfen aller Nationen zu besuchen, welche Seefleete anzuweisen haben, und kompetent sind, über seemännische Kenntnisse und Tüchtigkeit zu urtheilen. Nach seiner Rückkehr müßte er dann einen Bericht drucken lassen über die Dvationen, welche ihm zu Theil geworden in den Vereinigten Staaten, von den Matrosen von Ferragut und Porter, in Portsmouth von den Landleuten eines Blake, Rodney, Jervis und Nelson, in Brest von den Mitbürgern eines Courville und Dupetit-Thouars, in Blesingen von den Nachkommen eines Tromp und Ruyter.

— In Rom fangen die Juaven an mißmuthig zu werden. Außer dem neulich auf der Straße getödteten ist die Leiche eines andern in der Ueber gefunden worden und Graf v. Tournon, naher Freund des Herzogs von Chevreuse, ist verschwunden, ohne daß bisher auch nur die leiseste Spur über den Verbleib desselben sich hat entdecken lassen. Die Juaven verlangen Bestrafung der Schuldigen oder drohen damit, ihren Abschied zu nehmen; die Römer werden sie schwerlich zurückhalten.

Madrid, 1. Februar. Heute wurden drei Personen hingerichtet. Eine vierte, die deren Schicksal theilen sollte, entging der Strafe dadurch, daß sie sich im Gefängnisse entleibte. Das Kriegsgericht hatte diese vier Personen zum Tode verurtheilt, weil sie Gendarmen Widerstand geleistet hatten.

Kopenhagen, 6. Februar, Nachm. Der wegen Hochverraths angeklagte Redakteur Bille ist heute in letzter Instanz freigesprochen worden, weil nicht dargethan sei, daß Bille eine verbrecherische Absicht gehabt habe. Der öffentliche Ankläger hatte Todesstrafe oder lebenslängliche Erllrung gefordert.

Bukarest, 5. Februar, Nachmittags. Die Kammer hat heute die für die Ministerien des Innern und der Justiz geforderten Budgets bewilligt.

Aus Jassy wird gemeldet, daß Fürst Karl fortfährt, bedeutende Summen an die Nothleidenden zu vertheilen.

Neueste Nachrichten.

Stettin, 7. Februar. Heute früh wurde auf dem Flur des Hauses Reißschlagersstraße 5 in einer dort aufbewahrten Holzkrone die nur mit einem Hemdchen bekleidete, in einem rothfarbten Bettstück eingenähte Leiche eines etwa 14 Tagen alten Kindes männlichen Geschlechts gefunden und nach dem Krankenhause geschafft. Außer Spuren einer etwaigen gewaltsamen Tödtung des Kindes sind an der Leiche nicht wahrgenommen.

— Gestern Nachmittag lief der einer Hauptreparatur unterworfen gewesene, der neuen Dampfer-Kompagnie gehörige Dampfer „Arcona“, auf der Schiffsbauwerft der Herren Möller und Holberg in Grabow glücklich vom Stapel.

— Gestern Abend wurden dem Kaufmann Gundlach in der Breitenstraße aus seiner Wohnung verschiedene Beistücke gestohlen.

— In der Nacht zum 3. d. Mts. wurden aus einer Parterrewohnung des Hauses Grabow Langestraße 46 mittels gewaltsamen Einbruchs mehrere Betten und sonstige kleinere Gegenstände entwendet. Der Dieb ist in der Person eines bereits mehrfach bestrafte Arbeiters N. ermittelt, welcher geständig ist, die Betten unmittelbar nach Verübung des Diebstahls an einen hiesigen Händler für 6½ Thlr. verkauft zu haben.

— Im Stadt-Theater kommt zur Aufführung: Sonnabend „Die Zauberslöde“, Sonntag „Spielt nicht mit dem Feuer (neu)“, „Michael Grabaus“ (neu), „Die Glocke“ mit Bildern.

— (General-Versammlung der polytechnischen Gesellschaft vom 1. Februar.) (Schluß.) Herr Dr. Salomon demonstirte hierauf einen transportablen Induktionsapparat neuerer Konstruktion von Stoehrer in Dresden und eine Zimmerbatterie von ebendemselben. Das Bedürfnis, diejenigen Apparate, welche einen für die medizinische Anwendung brauchbaren Strom geben, auch transportabel und kompensiös zu machen, hat in neuerer Zeit viele Versuche hervorgerufen. Während es aber noch nicht gelungen ist, die Apparate zur Erzeugung des immer mehr bei den Aerzten zur Anerkennung kommenden konstanten Stromes leicht transportabel zu machen, ist der Zweck bei dem vorstehenden Induktions-Apparat sehr vollkommen erreicht. Das stromerzeugende Bunsen'sche Element befindet sich in einer Abtheilung des auch den Induktions-Apparat beherbergenden, sehr elegant gearbeiteten Kastens; das die Säure für das Zink enthaltende Gefäß ist vertikal verschiebbar, so daß, wenn der Apparat nicht funktioniert, er bis auf einen Winkel von 60° geneigt werden kann, ohne daß Säure ausfließt, also bequem mit in den Wagen genommen werden kann. Die Kohle ist nicht durch eine Zinnzelle, sondern durch gläserne Zylinder aus dem Zink getrennt, und wird mit Chromsäure behandelt, die man in ein die Kohle durchbohrendes, mit Sand gefülltes Loch träufelt. Behufs Dämpfung des primären Stroms wendet der Vortragende bei sensiblen Personen ein graduirtes Wasserrohr mit verschiebbarem Leitungsstift an, der sekundäre Strom kann durch Verschiebung der Induktionsspirale sehr vollkommen regulirt werden. Der Rees'sche Hammer hat eine sehr brauchbare Vorrichtung, indem durch Gegenruck das Tempo der Hammerschläge verlangsamt und verschleunert, die physiologische Induktionswirkung zu gleicher Zeit mehr oder weniger energisch gemacht werden kann. — Die vorgezeigte Zimmer-

batterie besteht ebenfalls aus Bunsen'schen Elementen, deren Bestandtheile mittelst einer Drehvorrichtung aus den säurehaltenden Gläsern gehoben werden können, so daß eine Reinigung fast nie nöthig und der Säure- und Zinkverbrauch sehr gering wird. — Hr. Dr. Steermann theilte eine von ihm vor mehreren Jahren gemachte Analyse des Spreewassers am Dierbaum und Unterbaum in Berlin mit. Er hat gefunden, daß das Wasser bei dem letzteren viel mehr organische Bestandtheile und Kochsalz enthalten habe, als bei dem ersteren. — Herr Ober-Maschinenmeister Kretschmer theilte einen höchst interessanten Auffas mit aus der deutschen Eisenbahnzeitung Nr. 3 von M. M. von Weber: „Gen. Mc. Callum und das Feld-Eisenbahn-Korps der Nordstaaten im amerikanischen Kriege.“

Die zahlreich eingegangenen Fragen wurden für die nächste Sitzung zurückgelegt; nur die aus der Sitzung vom 11. c. resultirende Frage: „ob der qualitative Werth der Erbse durch die Ent-hülung gehoben und die sogenannte Spließerbse wohl gar Refon-valescenten zu empfehlen sei“, wurde von Herrn Kaufmann Telschow (Nicol und Telschow) ausführlich beantwortet. Die Hülsenfrüchte sind zur Ernährung des menschlichen Körpers, sowie zur Erneuerung seines Blutes von der größten Wichtigkeit und würden daher längst im reichsten Maße ausgebeutet worden sein, wenn nicht ihre mit Recht gefürchtete Schwerverdaulichkeit, durch die hornartige Hülse und einen in ihr befindlichen bläsenden Saft, im Wege standen hätte. Es ist daher von großer Wichtigkeit, daß ein Verfahren entdeckt worden ist, wodurch die Hülsenfrucht im Robustande von der sie allein schädlich machenden Hülse befreit wird, zumal deren Beseitigung nach dem Kochen nichts mehr nützt, weil alsdann das in der Hülse befindliche scharfe Prinzip die Speise durchdrungen hat. Indem nun Herr T. darauf hinwies, daß es ihm nach vielen mühevollen und oft fehlgeschlagenen Versuchen gelungen sei, diese vor etwa 30 Jahren in Frankreich erfundene, indessen (weil der Erfinder Depin als Mitverschworener des Hiesischen Attentats gegen Ludwig Philipp hingerichtet wurde) nicht weiter verbreitete Ent-hülungs-Methode wieder in's Leben zurückzurufen, machte derselbe noch auf die für die häusliche Oekonomie gebotenen Vortheile der aus seiner am hiesigen Plage Ende vorigen Jahres etablirten Erbsen-Spließer-Fabrik hervorgehenden Spließerbse aufmerksam, die vornämlich — in dem schnelleren Kochen, der Vermeidung des lästigen Durchschlagens, der Ersparniß an Erbsen und Feuerungs-material, der Erreichung eines erhöhten Wohlgeschmacks, sowie einer leichteren Verdaulichkeit etc. bestanden. Alle diese Eigenschaften machen die Spließerbse auch wohl geeignet, Refonvalescenten zur Wiederherstellung der geschwundenen Kräfte empfohlen zu werden.

Bermischtes.

— Ueber den tragischen Vorfall im zoologischen Garten (vgl. Nr. 62 unseres Blattes) theilt der „Publ.“ noch Folgendes mit: Der von dem Elephanten im zoologischen Garten getödtete Wärter desselben heißt Schmidt. Er hinterläßt sieben Kinder; im vorigen Jahre verlor er seine Ehefrau an der Cholera. Nachdem er die Wartung des Thieres, die er früher mehrere Jahre durch gehabt, in der letzten Zeit abgegeben, hatte er sie erst seit einigen Tagen wieder übernommen gehabt. Als man den an allen Knochen zerbrochenen todtten Körper entdeckte, war es 4 Uhr Nachmittags; seine Taschenuhr, die vom Körper getrennt am Boden lag, zeigte 10¼ Uhr. Es scheint danach, daß um diese Stunde das Unglück sich zugetragen hat. Der Leichnam wurde mit Stangen aus dem Bereiche des Elephanten hervorgeholt, was erst nach wiederholten Versuchen gelang, da das Thier den Körper immer wieder mit dem Rüssel nach sich zog.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 7. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat nach dem Antrage der Kommission das Genossenschaftsgesetz in der Fassung des Herrenhauses angenommen. Schulze-Berlin befürwortet die baldige Einführung des Gesetzes für die neuen Provinzen.

Karlsruhe, 7. Febr. Der Großherzog konferirte gestern mit dem Minister Hohenlohe.

Wien, 7. Februar. Die Angaben über die Ernennung des ungarischen Ministeriums sind verfrüht. Den Vernehmungen nach trifft Deal heute in Folge Kaiserlicher Berufung hier ein.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Febr. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 5° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber 73, 87 fl. bez., 83 bis 85 Pfd. gelber Frühjahr 83 1/4, 1/2, 1/4, 1/8 fl. bez., 1/2 Gd., Mai-Juni 84 bez. Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 54—56 fl. bez., Februar 54 1/2, fl. bez., 54 1/4 Gd., Frühjahr 53 1/4 fl. bez. u. Gd., 54 Br., Mai-Juni 54 1/2 fl. bez., 54 Gd., Juni-Juli 51 1/2 fl. bez. u. Gd.

Gerste, loco pr. 70 Pfd. 47—48 fl. bez., Frühjahr 69—70 Pfd. schief. 49 fl. bez., pomm. 50 fl. bez. u. Gd.

Safer loco pr. 50 Pfd. 30 fl. bez., 47—50 Pfd. Frühjahr 30 1/4 fl. bez. Erbsen loco 54—57 fl., Frühjahr Futter- 56 1/2 fl. bez. Haber stille, loco 11 1/2 fl. bez., Februar 11 1/2 fl. bez., April-Mai 11 1/2 fl. bez. u. Gd.

Spiritus matt, loco ohne Faß 16 1/2 fl. bez., mit Faß 16 1/4 fl. bez., Februar-März 16 1/2 fl. bez., Frühjahr 16 1/2 fl. bez., Mai-Juni 16 1/2 fl. bez., September-Oktober gestern Abend noch 17 fl. bez. Angemeldet: 10,000 Ort. Spiritus.

Breslau, 6. Februar. Spiritus 8000 Tralles 16 1/4. Weizen pr. Februar 76. Roggen pr. Februar 53 1/4, do. pr. Frühjahr 52 1/4. Rüböl pr. Februar 11 1/4. Rapps pr. Februar 15. Zink still. Kleesaat rothe still, weiße unverändert.

Hamburg, 6. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco stille, auf Termine besser, pr. Februar 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Gd. Roggen loco stille, ab Dänke fest, aber geschäftslos. Pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 90 Br., 89 Gd. Safer unverändert, ohne Kaufloft. Del loco 25 1/2, pr. Mai 25 1/2, pr. Oktober 26 1/4. Kaffee und Zink stille. — Regenwetter.